

gegeninformation NRW Lesetipp:
GegenStandpunkt 1-07. **Seite 3**

Die Jobs der Elite -
Beruf: Arzt. **Seite 4**

Nun endgültig amtlich! Die neuen Maßstäbe für Pauperismus
sind korrekt berechnet, gerecht und menschenwürdig. **Seite 6**

www.gegeninformation.net

kostenlos

Vortrag und Diskussion mit Prof. Margaret Wirth: **Der G8-Gipfel in Heiligendamm – und seine Kritiker**

Die Regierung auf der einen, Globalisierungskritiker auf der anderen Seite rüsten zum großen Ereignis Anfang Juni im Seebad Heiligendamm. Deutschland ist Gastgeber der anderen großen 7 Weltmächte und eine Saison lang ihr Sprecher, der die Tagesordnung des Treffens vorgeben und nachher dessen Kommuniké vorlesen darf. Grund genug für Macher und Gegner, die 2 Tage im Luxushotel für den wichtigsten weltpolitischen Termin des Jahres zu nehmen und alles daran zu setzen, ihn zum Erfolg für die Gastgeberin zu machen bzw. einen solchen Erfolg demonstrativ zu verhindern.

Wird unsere Kanzlerin „eine gute Figur machen“, werden die Acht „ihrer großen Verantwortung gerecht“? Einfühlsam übernimmt die deutsche Öffentlichkeit die Selbstdarstellung der Politik: Es muss um *Wichtiges* gehen, wenn die Chefs der größten Mächte sich besuchen, voreinander ihre Macht repräsentieren und einander bestätigen, die Weltmächte zu sein, auf die es ankommt. Die Macht der Großen über andere Staaten gilt da locker als edle *Verantwortung* für die Welt und ihre Verbesserung. Die *Probleme* – der Weltwirtschaft, der Armut, der Kriege, der Umweltzerstörung – wollen sie ohne eigenes Zutun vorgefunden haben; was ihre Entstehung betrifft, sind sie leider ohnmächtig. Aber zur *Bewältigung* dieser Probleme sind sie und nur sie berufen, da lassen sie

sich von keinem die Last der Verantwortung abnehmen. Um die Probleme der Welt zu lösen, kann ihre Macht über die Welt nie groß genug sein. So viel Selbstbeweihräucherung der reichsten und mächtigsten Staaten bringt der Gipfel allemal – und dazu das *Bild* einer verbesserungsbedürftigen und -fähigen Weltordnung, deren Macher zwecks Problemlösungen *kooperieren* müssen.

Dass es darum gehen *müsste*: Das meinen auch die Kritiker der „Globalisierung“ – freilich um andere Lösungen als jene „neoliberalen Konzepte“, die sie für „eine Welt der Kriege, des Hungers, der sozialen Spaltung, der Umweltzerstörung, der Mauern gegen MigrantInnen und Flüchtlinge“ verantwortlich machen. Sie bestreiten und verderben, so gut es ihnen gelingt, die Selbstdarstellung

der Großmächte als wohltätige Hegemone – und siedeln ihren Protest damit genau auf der selben ideologischen Ebene an: Statt die Probleme der Welt anzupacken, tut die Politik nichts oder das Falsche; statt die Profitgier multinationaler Konzerne zu bremsen, machen die Nationalstaaten sich zu deren Knechten; statt die Verlierer des Wettbewerbs an den Früchten globaler Marktwirtschaft zu beteiligen, grenzen sie sie aus. Die Protestler kritisieren die „Dominanz der G8“ als gnadenlosen *Egoismus*, total *verantwortungslos* gegen den Rest der Menschheit, *ohne Legitimation* wegen ihrer Inkompetenz zur Gestaltung einer besseren Welt. Und den Gipfel halten sie für den Ort, wo die verbündeten Reichen absprechen, wie sie die armen Länder nächstens noch besser ausplündern. >>

Vortrag und Diskussion mit Dr. Rolf Röhrig (GegenStandpunkt-Verlag): **Der Klimawandel - Produkt des globalisierten Kapitalismus und Streitobjekt der Staaten, die ihn organisieren.**

* Die Wissenschaft berichtet: Die Erderwärmung durch Treibhausgase ist messbar, die Folgen wie Dürre und Überschwemmung sind katastrophal.

* Die Öffentlichkeit ist sich einig: Ursache ist nicht das weltumspannende kapitalistische Wachstum, das seit Jahrzehnten die Atmosphäre als kostenlose Müllkippe nutzt, sondern der Mensch.

* Die Staaten bilanzieren die nationalen Folgen: Diesmal nicht der Mensch, das Geschäft ist das prominenteste Opfer der Klimafolgen. 330 Mrd. € Verlust bis 2050 allein in Deutschland.

* Die Staatenkonkurrenz tobt: Wer kann

anderen Nationen die Kosten für einen Klimaschutz aufbürden, der die eigene Konkurrenzposition am Weltmarkt nicht schmälern, sondern fördern soll? Deutsche Exportschlager wie Windräder und Solarzellen werden schon in Stellung gebracht.

Während der Mensch, angeleitet durch Talkshows und Printmedien, mittlerweile für jede Flug- oder Autoreise ein Bäumchen pflanzt oder sein schlechtes Gewissen mit einer Spende zur Aufforstung beruhigt, arbeiten die maßgeblichen Verursacher der CO₂-Produktion an einem weniger ökologischen Projekt. Die fossilen Energieträger sind nicht nur endlich, sondern durch den weltweiten Antiterrorkrieg der USA endgültig unsicher gewor-

den. Eine weltkrisenfeste Energiebasis der Nation muss her, natürlich im Namen des weltweiten Klimawandels und der betroffenen Menschheit.

Bonn, 21.5.07, 20 Uhr
Im Hörsaal 17 der Uni Bonn

Bochum, 22.5.07, 19 Uhr
Im KulturCafé des Studierendenhauses der Ruhr-Uni Bochum

Bielefeld, 24.5.07, 19 Uhr
Im Hörsaal 15 der Uni Bielefeld

Weitere Infos zu den Veranstaltungsorten auf der Homepage des jeweiligen Veranstalters. Siehe letzte Seite dieser Zeitung.

Die Frage, ob die Acht ihrer „Verantwortung“ nachkommen, sich über das Management drängender Probleme einigen oder „bloß“ an ihren Vorteil denken, „endlich“ handeln statt nur palavern, geht an der *Sache*, die sie auf ihrem Gipfel mit allem Pomp und Sicherheitsvorkehrungen repräsentieren, in zweierlei Hinsicht vorbei:

1. Der *Weltmarkt*, als dessen Hüter die führenden Industrienationen sich treffen, ist alles andere als eine Veranstaltung zur Versorgung mit nützlichen Gütern und deren Verteilung unter den Völkern. Eine Absprache in Sachen internationaler Arbeitsteilung ist er schon gleich nicht. Und die *Weltordnung*, die die Chefs der zivilisierten Welt beaufsichtigen, ist kein Abkommen zur gemeinsamen Beilegung bewaffneter Konflikte. Der Kampf um die Aneignung von *nationalem* Reichtum aus der globalen Konkurrenz ist *der* Stoff ihrer internationalen Beziehungen. Was sonst als die *Macht*, die sie daraus ziehen, sollte sie also „legitimieren“, über die Lebensumstände von 6 Milliarden Menschen zu entscheiden?

Die G8 veranstalten also keinen *Missbrauch* ihrer Macht: Elend und Gewalt sind das regelmäßige und notwendige *Produkt* ihrer „vitalen Interessen“, für die sie weltweiten Respekt beanspruchen. Sie „versagen“ nicht bei der Bewältigung von Problemen, sie *schaffen* sie. Sie pochen darauf, dass dieselbe Macht, mit der sie der Menschheit Probleme einbrocken, der Schlüssel ihrer Lösung ist. Deshalb bereden sie auf ihren Treffs auch keine Probleme von der Art, die die Regierten *mit ihnen* haben, sondern solche, die sie mit den menschliche und politischen Kollateralschäden ihrer Ordnung haben. So behandeln sie unter TOP „Aids und Armutsbekämpfung“ die für sie ärgerliche Zahl von Staaten, die an den etablierten Existenz- und Wettbewerbsbedingungen des Weltmarkts zugrunde gehen. „Failing states“ bringen Chaos in ganze Regionen; das verhindert die paar Geschäfte, die mit ihnen noch gingen; und Flüchtlingsströme, die von dort an ihre Küsten schwappen, können die Metropolen des Kapitalismus überhaupt nicht leiden...

2. Darin sind sich die Wächter & Nutznießer der aktuellen Weltordnung ziemlich ei-

nig: Jeder G8-Gipfel dokumentiert den Willen, die Scheidung in viele arme und wenige reiche Länder zu konservieren und Störungen *dieser* Hierarchie zu bekämpfen. Deshalb ist jeder Gipfel aber auch ein Zeugnis, wie es um die zelebrierte *Gemeinsamkeit* der Großen steht. Der kapitalistische Reichtum, um den sie wetteifern, soll die Macht ihrer Nation mehren: Das hat auch *unter ihnen* eine Hierarchie geschaffen. Sie *konkurrieren*, wer den Erdball als *seine* Reichtumsquelle zurichtet, Partner und Hinterhöfe gewinnt, Kriege führt, Frieden stiftet – und damit: wem die Rolle als Führungsmacht der Führungsmächte gebührt.

Das bringt der Gipfel 2007 in gebotener diplomatischer Heuchelei zum Ausdruck. Was von jeher als Ringen um die „Besetzung von Themen“ inszeniert wurde, sorgt diesmal dafür, dass der Stand ihrer Beziehungen am ehesten dadurch charakterisiert wird, was wohl *nicht* auf die offizielle Tagesordnung kommt: Nämlich all die Affären, bei denen die Mitglieder der „Group of 8“ als militärische Weltordner immer unerbittlicher aneinander geraten. Immerhin findet das alljährliche Ritual in einer Lage statt, wo die gemeinsame Kontrolle der Welt durch die sieben Staaten, die den „Freien Westen“ bildeten, mehr oder weniger zerbrochen ist. Spätestens seit dem Irakkrieg ist ihre strategische Einheit Vergangenheit. Jeder ist offen dabei, die eigene Macht auf Kosten der anderen auszubauen. Die USA verlangen unbedingte Gefolgschaft für ihre Kriege und lassen die alten Verbündeten nur noch als jederzeit abrufbare „Koalition der Willigen“ gelten. Deutschland, Frankreich und andere lehnen diese Rolle ab und stellen militärischen Beistand sogar im Afghanistan-Krieg, den sie noch mit der Bündnisvormacht USA zusammen führen, unter Vorbehalt. G8-Partner Russland betrachtet die neuen US-Abfangsysteme für atomare Mittel- und Langstreckenraketen als direkt gegen den eigenen Status gerichtete Rüstung und wird im Gegenzug angeklagt, damit den „Kalten Krieg“ aufleben zu lassen. Die Kernstaaten des alten Europa erkennen im selben

Projekt die gezielte Spaltung der EU und den Versuch Amerikas, den Aufwuchs der Union zum auch militärisch handlungsfähigen Akteur zu unterbinden.

Unterm Strich ist der Gipfel 2007 ein einziges Dementi des Scheins der Kooperation – und er findet nur noch statt, weil eine Absage tatsächlich eine neue Konkurrenzlage zwischen ihnen schaffen würde. Das soll derzeit aber nicht sein. Solange ein Vollzug der Kündigung ihrer diversen Bündnisse, die sie tatkräftig zersetzen, keiner Seite als opportun gilt, pflegen sie stur den Geist der Partnerschaft und ringen um Führungskompetenz. Irgendein *Thema* wird sich dazu schon finden: Wer macht den Vorreiter beim Klima; wer domestiziert den Iran; wer verweist Putin in seine Schranken...

*

All das ist den Veranstaltern einen 13 Millionen-Zaun rund um Heiligendamm wert. Beim Verhandeln ihrer aus- wie unausgesprochenen Gewalthandel und Konkurrenzaffären wollen sie ihren Frieden haben; deshalb verbitten sie sich jede Kritik von unbefugter Seite. Wer gegen die Verfassung der Welt und die Mächte, die in ihr das Sagen haben, Protest angesagt findet, sollte wissen, womit und mit wem er es zu tun hat. □

Lesetipp zur weiteren Befassung: Gegenstandspunkt 3-06, Weltmarkt und Weltmacht: Von der globalisierten Zivilgesellschaft und ihrer antiterroristischen Kriegskultur

Vortrag und Diskussion mit Prof. Margaret Wirth (Bremen)

DER G8-GIPFEL IN HEILIGENDAMM - UND SEINE KRITIKER

Bonn:

4. Juni 2007, 20 Uhr
Hörsaal 17 der Uni Bonn

Bielefeld:

5. Juni 2007, 19 Uhr
Hörsaal 12 der Uni Bielefeld

Dortmund:

6. Juni 2007, 19:30 Uhr.
Dietrich-Keuning-Haus (Saal)

gegeninformation NRW

Kontakt/Impressum

Kontakt: gegeninformation NRW c/o „Le Sabot“, Breite Str. 76, 53111 Bonn

Online: www.gegeninformation.net, redaktion@gegeninformation.net

Impressum: V.i.S.d.P.: Theo Wentzke, Böblinger Str. 135, 70199 Stuttgart.

Druck: Mediengruppe Neuer Weg GmbH, Schmalhorststr. 1, 45899 Gelsenkirchen

Lesetipp: GegenStandpunkt 1-07

Mit der Abdankung des sowjetischen Feinds ist die alte Geschäftsgrundlage, die die USA, Europa und Japan zu fest Verbündeten gemacht hat, entfallen. Seitdem nehmen die Beteiligten des ‚freien Westens‘, jeder auf seine Weise, ihren Triumph als Chance wahr, sich national neu aufzustellen, insbesondere im ehemaligen Einflussgebiet der vormaligen Sowjetunion breit zu machen und den russischen Erben strategisch kaltzustellen, ökonomisch auszunutzen und politisch gefügig zu machen. Die Amerikaner mobilisieren die Russenfeindschaft der Neo-Nationalisten im Osten und vereinnahmen das ‚neue Europa‘ für ihre Weltordnungskriege und für ihre strategische Einkreisung und Ausmischung Russlands. Zugleich spalten sie damit die EU und etablieren sich mitten in deren Staatenbündnis als konkurrierende Macht. Und das ausgerechnet, wo die EU sich einen erweiterten Raum ihrer Zuständigkeit zu schaffen bemüht ist.

Zersetzende Fortschritte in der Allianz der Imperialisten

1. EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens: Neuzugänge aus dem Armenhaus Europas: höchst problematisch, zutiefst korrupt – aber imperialistisch unverzichtbar

Die EU nimmt zwei neue Mitglieder im Osten, die erklärtermaßen allen bisherigen ökonomischen und politischen EU-Maßstäben ordentlicher Beitrittskandidaten Hohn sprechen, in ihr Bündnis auf, um sie unter ihre Kontrolle zu nehmen und sich als erweiterten Besitzstand für ihr machtvolleres Ausgreifen nach Osten bis hin zum Nahen Osten und an den Kaukasus, einzuverleiben. Eine Erweiterung mit Perspektiven also, die Russland und Amerika herausfordert.

2. Bilanz und Fortschritte im Kampf der USA gegen „den Terror“ im Irak

Die USA geraten mit ihrem Projekt einer militärisch fundierten, von willigen Koalitionären mitgetragenen Kontrolle über die Staatenwelt ausgerechnet da in Beweisnot, wo sie selber in aller Freiheit einen Krieg auf die Tagesordnung gesetzt und blitzartig gewonnen haben, um die Gemeinde der souveränen Machthaber mit ihrer globalen Richtlinien-

kompetenz zu konfrontieren. Die Führungsmacht übt deshalb heftige Selbstkritik am ineffektiven Gebrauch ihrer überlegenen Gewalt, debattiert darüber, wie sie ihre Glaubwürdigkeit als Weltmacht (wieder)herstellen kann, und beschließt am Ende: mit verstärktem Gewalteininsatz! Jetzt fürchtet sich die Welt vor den Konsequenzen, die die Bush-Regierung ankündigt, um aus der Notlage doch noch eine weltpolitische Lektion zu machen.

3. Putins Antwort auf der Sicherheitskonferenz: ‚Wir können auch anders!‘

Gleichzeitig meldet sich der russische Chef und gibt in ziemlich eindeutiger diplomatischer Form weltöffentlich zu verstehen, dass Russland die gegen sich gerichtete amerikanische ‚Botschaft‘ verstanden hat und keineswegs gewillt ist, Amerikas Vorherrschaft und die eigene Entmachtung und Ausgrenzung in Sachen weltpolitischer ‚Mitsprache‘ hinzunehmen. Zugleich stellt der Kremlchef Europas Machern gar nicht verstohlen die Gretchenfrage, wie sie sich gegenüber Russland bzw. Amerika auszurichten gedenken. Und prompt geben sich alle Angesprochenen demonstrativ verwundert und verständnislos.

‚Linksruck‘ in Lateinamerika: Venezuelas Aufstand im Hinterhof der USA

In Lateinamerika, also ausgerechnet in der ureigenen ‚Hemisphäre‘ Washingtons, lehnt sich derweil in einem wichtigen Ölland, das ausgerechnet vorrangig die USA beliefert, eine Regierung mit breiter Unterstützung gegen die Vorherrschaft von US-Kapital und US-Politik auf. Von Washington bekämpft, von der hiesigen Öffentlichkeit verurteilt – wird Venezuelas Präsident mit seiner Politik von Globalisierungsgegnern und anderen Linken als neuer Hoffnungsträger für deren gar nicht kämpferische Beteuerung gefeiert, dass ‚eine andere Welt möglich‘ ist. Fragt sich: Was macht Chavez in Venezuela, dass er bei den einen so verhasst, bei den anderen so beliebt ist?

Zur Gesundheitsreform:

Anmerkungen zur politischen Ökonomie der Wachstumsbranche Volksgesundheit

sowie zu Grund und Zielen der aktuellen Reform des bundesdeutschen Gesundheitswesens. □

GEGENSTANDPUNKT 1-07

ISSN 0941-5831, 152 S., € 15.-

Erhältlich im Buchhandel
oder direkt beim:

Gegenstandpunkt Verlag,
Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04
Fax (089) 272 16 05

gegenstandpunkt@t-online.de
www.gegenstandpunkt.com

Außerdem in **Chronik – kein Kommentar!**

- Das Bundessozialgericht zu Hartz IV: Nun endgültig amtlich! Die neuen Maßstäbe für Pauperismus sind korrekt berechnet, gerecht und menschenwürdig * Die organisierte Armut – rechtlich betrachtet * 345 Euro – genau ermittelt, lebensnah gestaltet, zielführend konzipiert und fristgemäß bekannt gegeben * 345 Euro: So viel muss sein – für die Menschenwürde!

- Der Fall Litwinenko: Deutsche Journalisten ermitteln gegen den Kreml

- Die gute Nachricht aus Berlin: „Jetzt brauchen wir wieder bessere Löhne“

- Der tiefe Fall des Edmund Stoiber: Ein Stück lebendiger Demokratie * Lehrstück über demokratische Führungsstärke und wie man sie verliert * Klarstellung in Sachen demokratische Führungsqualität * Aufklärung über die demokratische Kunst der Politisierung des Volks

- Der Fall Kurnaz: Ein Folteropfer beschädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen Politik

- Begnadigungsdebatte um die letzten RAF-Terroristen: Menschlichkeit von Staats wegen und das moralische Unbehagen daran

- Streit um Gas, Öl usw. und immer derselbe Vorwurf: Russland macht mit Energiegeschäften Politik – was denn sonst?!

Die Jobs der Elite +++ Die Jobs der Elite +++

Warum studiert man? Auf alle Fälle, um „was Besseres“ zu werden. Dass man sich für dieses Vorhaben allerhand Unsinn in den Kopf tut, ist dabei sowieso viel weniger wichtig als dass man es dann, wenn es darauf ankommt – in der Prüfung nämlich – wieder ausspucken kann und eine gute Note kassiert. Und für was man sich da jahrelang fitmacht und hintrimmt, worin die hohe Aufgabe eigentlich besteht, in der man als zukünftiges Mitglied der gesellschaftlichen Elite seinen gutbezahlten Dienst tun will, will auch so recht keiner wissen – am Ende würde es einem glatt das schöne Bild des eigenen wohlverdienten Aufstiegs versauen. Deshalb hier in lockerer Folge eine marxistische Berufsberatung: Wir stellen höhere Berufe aus dem kapitalistischen Alltag vor, mit denen „die Studierten“ zukünftig ihr Geld verdienen, pardon: ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden. Heute:

Beruf: Arzt

Das unendliche Geschäft des „Helfens und Heilens“ ist in der BRD der Traumberuf für Schrapphälse. Zwar setzen staatliche Reformen des Gesundheitswesens da inzwischen ein paar neue Maßstäbe und die frisch vom Examen in die Kliniken strömenden Assistenzärzte finden sich mit verhältnismäßig wenig Geld und langen Diensten skandalös schlecht bezahlt. Ansonsten gehört die Ärzteschaft immer noch zu den „Besserverdienern“ der Gesellschaft – davon zeugt nicht nur das gediegene Standesbewusstsein, mit dem der „Marburger Bund“ für die Rechte seiner Mitglieder eintritt. Das bekunden darüber hinaus alle angehenden und praktizierenden Ärzte, wenn sie über den Verlust der rosigen alten Zeiten klagen, und als Motivationshilfe, den Arztberuf zu wählen, kennt es auch heute noch jeder Studienanfänger.

Diese herzlichen Beziehungen zwischen Geld und Medizin halten viele, sogar einige aus- oder noch nicht eingestiegene Ärzte, für einen Skandal. Am physischen Elend der Leute verdienen, mit dem unbezahlbar hohen Gut Gesundheit ein Geschäft machen – pfui Teufel! Der Vorwurf ist ungerecht. Womit machen denn ehrenwerte Industrielle hierzulande ihr Geschäft, wenn nicht auch mit der Gesundheit ihrer Lohnarbeiter und einiger Außenstehender noch dazu, die z. B. partout kein Blei vertragen? Woran verdienen denn Deutschlands Banken, wenn nicht direkt oder indirekt an der Verarmung der Leute und einem gar nicht gesundheitsförderlichen Leistungsdruck auf sie? Und überhaupt: Seit wann zählt denn beim Geschäftemachen die moralische Qualität des gehandelten Gebrauchswerts? Mit vollem Recht ist das Gewissen der Ärzte so rein wie ihr Steuerberater beschäftigt. Dass mit ärztlicher Kunst und Wissenschaft ein dickes Privatgeschäft zu machen ist, liegt nicht an ihnen. Ärzte können – im Großen und Ganzen – nichts dafür, dass ihnen ihre Geschäftsbedingung, der Nachschub an Krankenmaterial, nicht ausgeht. Es gibt zahllose Belastungen – und keine davon hat die Ärzteschaft zu verantworten –, denen der Mensch als ziemlich

weiches und zerbrechliches Lebewesen nicht so recht gewachsen ist: Bazillen und Arbeit, Verkehrs- und Sportunfälle, Gift und Lärm ... Es kommt hinzu, dass der Mensch als Individuum mit eigenem Willen und falschem Bewusstsein allemal schon sein besonderes, selten gesundes Bewältigungsverhältnis zu seinen Gebrechen eingerichtet hat, bevor er zum Arzt geht. Meist ist es zu spät für eine richtige Heilung, wenn der Patient lamentierend daherkommt. Das alles macht dem guten Doktor das Leben schwer. Der flickt nämlich nicht bloß zusammen oder richtet mit Kunst und Chemie wieder her, was ihm an fertigen Schäden präsentiert wird. Dieses redliche Handwerk verrichtet er zwar auch, so gut er es eben versteht. Zum ärztlichen Berufsbild gehört aber allemal einige Verachtung des „bloßen Knochenflickers“, den es bei allem Medizinerzynismus daher gar nicht gibt. Der Dienst, den ein Arzt leisten will und den der Patient von ihm erwartet und fordert, umfasst durchaus eine Erkundung und ein Eingehen auf die Krankheitsursachen; in Form einer Krankheitsgeschichte, mit der gleich ein gutes Stück der bisherigen individuellen Lebensführung und damit auch gleich der künftigen zur Debatte steht. Denn soweit es sich nicht um eine Unbill der Natur, um Impfungen oder ähnliches handelt, beschäftigt sich die medizinische Alltagspraxis in erheblichem Umfang mit Auswirkungen, Hinterlassenschaften und Anforderungen unserer „Leistungsgesellschaft“, die zusammen eine ziemlich ungesunde Daseinsgestaltung ausmachen. So ist ja sogar das massenhafte Bemühen um eine „natürliche Lebensweise“ aufgekommen. Regelmäßig führt die Anamnese zu der Erkenntnis, dass eine durchgreifende Verbesserung der Gesundheitslage des Patienten eigentlich weit mehr umfassen würde als alles, was sich in der Sprechstunde ausrichten und mit den chemischen Fitmachern erreichen lässt, die die pharmazeutische Kunst ausgetüftelt hat – nicht gerade „zum Wohle des leidenden Menschen“. Die populären Mittelchen, mit denen mancher Kunde „wiederhergestellt“ werden will, um gleich wieder für verlangte Dienste in Form zu sein, werden „nur ungern!“ verschrieben, nie ohne Vorladung zu einer „gründlicheren“

Therapie – die absehbarerweise erst stattfindet, wenn es mal wieder ganz „zu spät!“ ist. Ein gut betreuter Patient verlässt die ärztliche Praxis bzw. das Krankenhaus nie bloß mit Narben und Rezepten, sondern mit Kritik an seiner bisherigen und Ratschlägen für seine zukünftige Daseinsgestaltung. Allerdings auch in der stillschweigenden Übereinkunft mit seinem Doktor, dass sich so sehr viel nicht ändern wird. Denn das ist der Haken an der empfohlenen „gesünderen Lebensführung“, dass sie für den Durchschnittspatienten unpraktisch, hinderlich, zu teuer und mit den Notwendigkeiten des Geldverdienens kaum zu vereinbaren ist – schließlich hat der Mensch sich ja schon vorher nicht aus Jux allerlei Ungesundes angewöhnt. Das Problem, das daraus folgt, ist eines des Patienten; es geht den Arzt praktisch nichts an.

Wie sollte es auch. Der Ärztestand ist schließlich zum Heilen da. Und als diese gesellschaftliche Einrichtung fällt die Beurteilung der selbstverständlichen Erfordernisse und Zwecke des Lebens in der marktwirtschaftlichen Gesellschaft nicht in seinen Zuständigkeitsbereich; er ist einfach nicht dafür da, die Belastungen zu kritisieren, die die betroffenen Mitmenschen unterschiedlich lange und mit unterschiedlicher Moral aushalten. Als Arzt nimmt er diese ganz sachgemäß so und dann zur Kenntnis, wenn sich sein Wartezimmer füllt. Der Patient ist sein Klient – und dem soll das nach den immanenten Kriterien des medizinischen Wissens und der ärztlichen Kunst das für seinen Organismus Notwendige zukommen.

Der Arzt ergänzt so den gesellschaftlichen Verschleiß von Gesundheit, indem er den Wirkungen dort entgegensteuert, wo sie sich an den Individuen längst niederschlagen haben.

Zu diesem Gegensteuern gehören auch Mahnungen und Rezepte nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als Heilen“, die den gesellschaftlichen Verpflichtungen der Leute noch die Absurdität einer Pflicht gegen sich selbst hinzufügen. So zählen die Ärzte von Berufs wegen zu den wichtigen gesell-

schaftlichen Autoritäten, obwohl sie – außer beim Krankschreiben – über gar kein Stück staatlicher Gewalt verfügen und weder Theologie noch Psychologie studiert haben. Dem Patienten gegenüber sind sie eine gewichtige moralische Instanz, und das keineswegs nur insofern, als ihre medizinische Fachkunde auf ein ziemlich ahnungsloses Publikum trifft, das an die Diagnose und Therapie glauben muss. Ihm gegenüber treten sie als Anwalt seiner Gesundheit auf, die doch bloß deswegen den Rang eines verpflichtenden Lebenszwecks erhält, weil ihr Verbrauch zu den selbstverständlichen Lebensbedingungen eines werktätigen Gesellschaftsmitglieds gehört und weil die private Kompensation dieses Verschleißes einen Aufwand erfordert, der einiges an Einschränkungen fordert. Glaubwürdig wie sonst keine moralische Instanz kann die Ärzteschaft für sich in Anspruch nehmen, sie wolle mit den von ihr vertretenen zusätzlichen Pflichten doch nur das Beste derer, die sich danach richten sollen. Dafür, den hierin enthaltenen Widerspruch zu bemerken, geschweige denn ihn aufzulösen, wird sie nicht bezahlt. Übrigens auch nicht aufgesucht. Patienten bleiben bei dem Arzt, dessen moralische Autorität sie schätzen; deswegen hat ja bekanntlich jeder Patient überhaupt den besten Arzt weit und breit. Manche Ärzte, und vor allem die Funktionäre ihrer Standesorganisationen, die sonst ohnehin nichts zu tun haben, erstrecken diese berufsspezifische Autorität gerne über ihre Patientenschar und deren private Rauch-, Trink- und Eßgewohnheiten hinaus auf „die gesellschaftlichen Verhältnisse“, die ja ohne große Schwierigkeiten als die wesentlichen „Krankmacher“ zu identifizieren sind. Das wird insoweit gern gesehen, wie die Mediziner in solchen allgemeiner gehaltenen Warnungen und Ratschlägen die Arbeit und die alltäglich konsumierten Gifte usw. als feste Lebensbedingungen voraussetzen, mit denen ein besserer Umgang, mit Diät und ohne Hetze und Schlafmittel, zu lernen sei.

So geht die gesellschaftliche Arbeitsteilung für den Medizinerstand bestens auf und in Ordnung:

Die Klassengesellschaft sorgt mit ihren verschiedenartigen, friedlichen wie unfriedlichen Ansprüchen ans Menschenmaterial nicht bloß für massenhaftes Krankengut, sondern auch dafür, dass Bazillen und Bandscheiben sich für jeden Betroffenen als sein privates Lebensführungsproblem darstellen; auf dieses und unter diesem Gesichtspunkt steigt die ärztliche Kunst mit Skalpell, Chemie und moralischen Dummheiten sachgerecht ein, so dass das Ganze klappt und der

gesellschaftliche Bedarf an verbrauchbarer Gesundheit ebenso auf seine Kosten kommt wie der „leidende Mensch“ in seinem „Unglück“.

Bleibt noch die Umständlichkeit, dem Ärztestand dazu zu verhelfen, dass auch er auf seine Kosten kommt und aus seinen Arbeitsbedingungen eine Geschäftsbedingung wird. Denn auch das gehört ja zu den Errungenschaften der „modernen Leistungsgesellschaft“, dass den gesundheitsschädlichen Belastungen, die sie als Privatproblem der Betroffenen organisiert, in der Masse der „Fälle“ gerade keine privaten Finanzmittel entsprechen, mit denen diese sich ärztlichen Beistand kaufen könnten. Ohne die Zwangskollektivierung einer der beiden Seiten, entweder der Ärzteschaft oder von ansehnlichen Lohnanteilen, geht es da kaum ab. Als marktwirtschaftlicher Freiheitsstall hat die bundesdeutsche Demokratie sich für die letztere Variante entschieden und mit Geldern, die von der großen Masse ohne überschüssiges Geld – bis zur „Beitragsbemessungsgrenze“ hinauf – zwangsweise eingesammelt werden, ein Versorgungsnetz aufgezogen, das – zusammen mit der privat versicherten besseren Kundschaft – der Mehrheit der Ärzte den Status selbständiger Klein- bis Mittelunternehmer sichert. Deren Geschäft wird zwar erst durch die hemmungslosen Rechnungen für Privatpatienten so richtig fett; seine solide Grundlage hat es aber in den staatlich reglementierten Zahlungen für medizinische Leistungen an den Zwangsversicherten der Gesetzlichen Krankenkassen, also dem gesetzlich geregelten Zugriff auf vergesellschaftete Lohn- und Einkommensteile, die diese Kassen verwalten.

Diese Organisation der Gesundheitsversorgung bringt interessante Konflikte und Fronten mit sich. Die Verknüpfung von ärztlicher Dienstleistung und Vergütung, von Gesundheitsversorgung und Geschäft, relativiert nicht nur das Kriterium medizinischer Zweckmäßigkeit beim Helfen und Heilen; sie legt dem Mediziner zur Pflege seines Einkommens eine doppelte Aufgabe nahe. Ein günstiges Verhältnis von Aufwand und Kosten entscheidet sich für ihn ebenso im Umgang mit dem Patienten wie an den Leistungen und Vorgaben der Krankenkassen. Bisweilen gerät der Arzt darüber selber in den Verdacht, unter dem Deckmantel der medizinischen Kompetenz und Verantwortung vor allem zu viel abgerechnet zu haben, was den Kassen der gesetzlichen Krankenkassen nicht gut bekommt und Sozialpolitikern übel aufstößt, wenn sie die Kosten des Gesundheitswesens senken wollen. So

gibt es einen dauerhaften Disput zwischen Kassen und Gesundheitspolitikern, die den Standpunkt des knappen Geldes vertreten und diesen Standpunkt mit einer engen Auslegung des fachlich Sinnvollen rechtfertigen. Die Hauptlast tragen natürlich die Ärzte. Die müssen dem Staat gegenüber den Anwalt der Patienten markieren, ohne dass die ihnen ihren dauernden Kleinkrieg mit der Kasse danken. Dem Patienten müssen sie übertriebene Ansprüche abgewöhnen, ohne dass die Kasse das extra honoriert. Und dann soll bei Diagnose und Therapie auch noch nichts schief gehen...

PS: Das Volk, um dessen Gesundheit es geht, hat in diesem Streit nichts zu melden. Mit seinen beiden großen Lebensorgen, Geldmangel und Krankheit, ist es unter den Gegensatz der Instanzen subsumiert, die sich um sein Wohlergehen kümmern: Ideell als Berufungsinstanz und als Parteigänger mal der einen, mal der anderen Seite; praktisch als interessierter Zuschauer, ohnmächtiges Anhängsel und in jedem Fall zahlungspflichtiges Opfer in einem Kleinkrieg der interessierten Parteien. □

Ausführliche Anmerkungen zur politischen Ökonomie der Wachstumsbranche Volksgesundheit in GegenStandpunkt 1/07.

Wer meint, hier komme nur der
Arztberuf ungerecht schlecht weg
– keine Sorge!

Die Jobs der Elite:

**Eine marxistische
Berufsberatung**

Arzt • Zahnarzt •
Apotheker • Börsenspekulant •
Ingenieur • Journalist •
Kapitalist • Künstler •
Lehrer • Manager •
Naturforscher • Offizier •
Pfarrer • Politiker •
Professor • Programmierer •
Psychologe • Rechtsanwalt •
Sozialarbeiter

Download unter: www.gegenstandpunkt.com

Das Bundessozialgericht zu Hartz IV: Nun endgültig amtlich! Die neuen Maßstäbe für Pauperismus sind korrekt berechnet, gerecht und menschenwürdig.

Ende November 2006, zwei Jahre nach Inkrafttreten der Arbeitsmarktreform mit ihrem Kernstück, der Neuschaffung eines Arbeitslosengeldes II mit einer Regelleistung von monatlich 345 Euro, beurteilt das Bundessozialgericht, oberste Instanz in Sozialdingen, dessen Verfassungsmäßigkeit und befindet „in einem Grundsatzurteil, dass der Regelsatz das zum menschenwürdigen Leben notwendige Existenzminimum nicht unterschreite.“ (Welt kompakt, 24.11.)

Da weiß man doch, was man davon hat, dass sich die politische Herrschaft in unserem rechtsstaatlich verfassten Gemeinwesen der kapitalistisch produzierten Armut mit jeder ihrer drei Gewalten annimmt. Das fängt mit der gesetzgebenden Gewalt an, die das Millionenheer von Langzeitarbeitslosen und anderen, an den „Sachzwängen“ der kapitalistischen Ökonomie gescheiterten Existenzen nicht einfach seinem Schicksal überlässt, sondern ihm glatt etwas spendiert. Und zwar nicht etwa bloß ein Almosen, sondern ein richtiges, sogar grundgesetzlich verbürgtes Recht auf eine existenzsichernde Mindestversorgung. In ausschweifenden Gesetzeslesungen und heftigem Bund-Länder-Ringen definiert der Gesetzgeber dieses Recht aus: Wenn die fortschreitende Reichtumsproduktion im Lande systembedingt mit einem Anschwellen des menschlichen Bodensatzes einhergeht, der nach der gültigen ökonomischen Rechnungsweise einfach nur überflüssig ist und deswegen auch kein Geld verdient, dann ist für den menschenfreundlichen Gesetzgeber nichts nahe liegender als diesem humanen Kollateralschaden unterstützend in der Weise unter die Arme zu greifen, dass er ihm mit Hartz IV „Armut als Lebensform“ (SZ, 7.12.) auch noch sozialpolitisch verordnet.

Mit dem Beschluss eines so gut gemeinten Gesetzes ist es freilich nicht getan. Es will in die Praxis umgesetzt und das sozialstaatliche Unterstützungswesen nach seinen Vorgaben eingerichtet sein. Dafür ist die ausführende Gewalt zuständig: Arbeitsagenturen, Wohnungsämter, Sozialämter, in toto ein flächendeckend eingerichteter Verwaltungsapparat für den menschlichen Ausschuss der Marktwirtschaft verrichtet mit einer Heerschar von Betreuern, Fachreferenten, Sachbearbeitern seinen Dienst. Da lässt sich der Sozialstaat nicht lumpen, er finanziert den Bedürftigen im Lande ein umfängliches Behördenwesen. Und das braucht es ja auch: Peinlich genau wird jeder Einzelfall der ganzen Elendsklientel daraufhin durchgemustert, was ihm an Regelleistungen und Zuschüssen nach den gesetzlichen Bestimmungen zusteht. Aus

dem geregelten Leben herausgekippt und in den psychosozialen passiven Status von Hilfsempfängern hineinversetzt, dürfen sich die Betroffenen in den Ämtern mit dem bürokratischen Wust von Sozialgesetzregelungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen sowie mit einem mehr oder minder wohlwollenden Amtspersonal herumschlagen, damit aus ihrem Rechtsanspruch auch eine staatliche Leistung wird. Wer da entnervt resigniert, beweist, dass er die Stütze wohl nicht gebraucht hat, jedenfalls entlastet er die Arbeitslosenstatistik und die eh schon überstrapazierten kommunalen Sozialhaushalte. Dem Rest wird nach Würdigung seiner finanziellen und sonstigen Lage beschieden, ob ihm der Regelsatz in vollem Umfang oder nur teilweise zusteht, ob die von ihm jeweils vorgebrachten speziellen Notlagen als „besonderer Sachverhalt“ anerkannt werden können und wie viel sie dann an zusätzlichem Sponsoring zum Regelsatz wert sind. Keine dreiköpfige Familie muss da in einer zu komfortablen Wohnung hausen, die sie sich eh nicht leisten kann, weil für sie eine Mietkostenübernahme nur für eine „angemessene Wohnungsgröße von 75 qm bzw. drei Zimmer“ vorgesehen ist. Kein „Mehrbedarf von Schwangeren oder Alleinerziehenden“ usw. gilt einfach schon deswegen, weil solche Lebenslagen bei denen, „die auf Arbeitslosengeld II angewiesen sind, schnell existenzielle Probleme mit sich bringen“ (SZ, 18.12.), sondern berechtigt immer nur zu einem „möglichen Zuschuss“, der nach amtlichen Vorgaben belegt und nachgewiesen sein will. Am Schluss kommt so bei den Bezugsstellen exakt das an „bedarfsdeckenden Zuweisungen“ heraus, was ihnen gemäß der Entscheidung ihres zuständigen Sozialreferenten zusteht.

Die organisierte Armut – rechtlich betrachtet

Wer sich da schlecht behandelt fühlt – und welcher Hartz-IV-Empfänger tut das nicht!? , wer sich mit der ihm verordneten Armut nicht abfinden will, für den hat der Rechtsstaat dann noch einen ganz speziellen Service im

Angebot. Den Betroffenen stellt er anheim, den Beschwerdeweg über die Gerichte zu gehen. Sie können bei seiner Sozialgerichtsbarkeit kontrollieren lassen, ob ihnen durch die Beschlussfassungen des Gesetzgebers oder einer ausführenden Instanz des Sozialstaates ein Unrecht widerfahren ist. Dass „die da oben“ einfach selbstherrlich Gesetze beschließen, die den Grundrechten widersprechen, die man bei uns auch als arbeitsloser Bürger und einfacher Mensch hat, oder dass man durch willkürliche und unangemessene Entscheidungen irgendeiner Amtsperson um Leistungen betrogen wird, auf die man ein verbrieftes Recht hat – dagegen kann man in einem Rechtsstaat gerichtlich vorgehen.

Dem Charme dieses Angebots verschließen sich die Arbeitslosen nicht und steigen massenhaft darauf ein: „Das Gesetz hatte ... eine Flut von Klagen von betroffenen Leistungsempfängern vor den Sozialgerichten ausgelöst“ (Welt kompakt, 24.11.). Dabei hat dieser Königsweg über das Recht einen ziemlichen Pferdefuß für die klagende Seite. Die zieht vor Gericht, weil sie der Auffassung ist, dass es nicht in Ordnung geht, wie der Staat mit ihr umspringt – und die andere Seite bringt die Maßstäbe mit, an denen überprüft wird, ob es in Ordnung geht, und sie ist es auch, die die Angelegenheit entscheidet. Dabei findet eine nicht unbedeutende Verschiebung statt: das beschädigte Interesse, der schlichte Ausgangspunkt und Anlass der Beschwerde, wird vor Gericht danach beurteilt, ob hier ein berechtigtes Interesse Schaden genommen hat. Mit seiner rechtsprechenden Gewalt nimmt sich der Staat der notwendigerweise entstehenden Unzufriedenheit bei den Hartz-IV-Leuten an und würdigt sie in der Weise, dass er von seiner unabhängigen dritten Gewalt aufwändig überprüfen lässt, ob der soziale Abstieg der Betroffenen auch in jeder rechtlichen Hinsicht korrekt ist. Wenn ja, dann hat auch jede Kritik ihr Recht verloren, Hartz IV ist unangreifbar und kein Einwand mehr gültig. Der Sozialstaat sichert per Recht den Inhalt seines Umgangs mit den Arbeitslosen ab.

Und so kommt es, wie es kommen muss: Die – klagenden – Arbeitslosen bekommen, was sie bestellt haben, nämlich ein Gerichtsurteil. Das fällt zwar nicht so aus, wie sie es sich erhofft haben, schließlich werden all ihre Beschwerden zurückgewiesen. Die sozialgerichtliche Überprüfung hat keinerlei Rechtswidrigkeiten ergeben, der Gesetzgeber hat sich beim Berechnen des Existenzminimums nicht verrechnet, Dauerarbeitslose auf ein Niveau noch unterhalb der „unteren Einkommensgruppen“ der working poor herunterzudrücken, „das ist vom Gesetzgeber in dieser Härte gewollt“ (Urteilsbegründung), entspricht also der Intention der staatlichen Maßnahmen. Und außerdem „hätten die Betroffenen ausreichend Gelegenheit gehabt, sich bei der Umstellung der Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II auf die neue Rechtslage einzustellen“. Alles ist rechtlich in Ordnung und die Arbeitslosen folglich gerecht behandelt. Und nicht nur das:

345 Euro: So viel muss sein – für die Menschenwürde!

Nach der Abschmetterung der Klage auf Abmilderung von Hartz IV gibt es zum Abschluss noch eine frohe Botschaft vom BSG. Auch unsere zum gesellschaftlichen Bodensatz erklärten Mitbürger sind und bleiben Menschen mit einem grundgesetzlich verbrieften Wert. Denn „345 Euro im Monat reichen für ein Leben in Menschenwürde aus“ (SZ, 24.11.).

Eine tolle Sache, diese Würde! Es braucht echt nicht viel, ein paar Hundert Euro reichen, damit sie gewahrt ist. Eine gewisse Gleichgültigkeit gegenüber den Lebensumständen von Hartz-IV-Leuten und eine Portion Zynismus gehören bei diesem Grundwert unseres Staates offensichtlich dazu. So armselig das Leben mit 345 Euro ist, für die Menschenwürde ist das voll ausreichend. Das ist gerade das Schöne an ihr, dass man für ihre Wahrung nicht ordentlich leben zu können braucht, sich für sie nichts groß kaufen können muss, dass sie vielmehr neben und über dem schäbigen Dasein als Arbeitsloser steht. Wie gut, dass der eine Menschenwürde hat! Denn ohne sie wäre er glatt nur der Arsch, der er als abgehangter, staatlich alimentierter Subprolet in der Klasesengesellschaft ist. Mit ihr aber ist er eine freie, selbstbestimmte Person, als solche – ungeachtet aller materiellen Defizite, die ihn vom gesellschaftlichen Leben weitgehend ausschließen – vollwertiges Mitglied einer Gesellschaft zu werden verdient. In dieser Eigenschaft sind ihm sogar die Unternehmer, die ihn arbeitslos gemacht haben, sowie die Politiker, die ihm seine Arbeitslosigkeit zum Dauernotpro-

gramm ausgestalten, Anerkennung schuldig. Schön ist an dieser Menschenwürde auch, dass man – anders als bei den Hartz-IV-Leistungen – keinen Finger rühren muss, um in ihren Genuss zu gelangen; man kann sie einfach nicht verlieren und sie wird einem auch nicht verweigert. Kein Bedürftigkeitsnachweis ist zu erbringen, keine Bereitschaft zur Integration auf dem Arbeitsmarkt muss unter Beweis gestellt werden. Die politische Hoheit macht einem dieses Geschenk ohne jede Gegenleistung großzügig per Grundgesetz, und die Richter befinden, wie viel Armut sich mit der Menschenwürde verträgt.

Das ist die eine Seite des Urteils: Es braucht nicht viele Euros, damit ein würdiges Leben für den Arbeitslosen herauspringt. Die andere Seite des Urteils ist: Aber so viele Euros müssen es dann schon sein. Nicht etwa aus dem schlichten Grund, weil die Betroffenen sonst noch elender dran wären, sondern weil ihr Recht auf die Menschenwürde sonst beschädigt würde! Das Gericht, das zu guter Letzt zu prüfen hatte, ob der vom Gesetzgeber festgesetzte Regelsatz, mit dem aus rechtlich für unbedenklich erklärten sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gründen den Betroffenen ein gehöriges Maß an Armut verordnet werden soll, noch ein menschenwürdiges Leben erlaubt, ermittelt eine dafür gültige Untergrenze der Verarmung. Am unteren Rand der Gesellschaft herumzukrebsen, das geht für die Richter in Ordnung, ist keine Schande, schon gleich nicht für das wunderbare Gemeinwesen, in dem dieser gesellschaftliche Status vorgesehen ist. Wenn aber droht, dass die Betroffenen buchstäblich als Asoziale aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden und aufhören, als anerkannte Mitglieder derselben herumzulaufen, dann wären aus der Sicht des Rechts Bedenken am Platz und Korrekturen nötig. Diesen Wahnsinn, eine Grenze zwischen menschenunwürdiger und menschenwürdiger Not oder sozialunverträglichen und eines sozialverträglichen Elends so genau festzulegen, dass am Schluss auch noch ein zum Wert des Menschen passender Geldbetrag herauskommt – und zwar pfeilgerade der, den der Gesetzgeber in sein Gesetz geschrieben hat, den haben die Bundessozialrichter mit ihrem breiten Gemüt auch noch hingekriegt. Bei exakt 345 Euro pro Monat ist die „Teilnahme am gesellschaftlichen und kulturellen Leben“, so ihre Urteilsbegründung, noch gewährleistet und darf der Mensch – auf den Euro genau – noch Mensch sein.

Soll noch jemand sagen, Juristen hätten keinen Humor. □

Freerk Huiskens

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks Rütli-Schulen, Erfurt usw.

176 Seiten, EUR 12.80
ISBN 978-3-89965-210-9
VSA-Verlag, Hamburg

Freerk Huiskens

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks

Rütli-Schulen, Erfurt,
Emsdetten usw.



Die Unregierbarkeit von Schülern, Schulklassen und ganzen Schulbelegschaften ist das unerwünschte Produkt sehr erwünschter Schul-, Sozial- und Ausländerpolitik.

Schulen machen Schlagzeilen, weil Lehrer immer wieder mit dem Schulvolk nicht fertig werden. Da sind zum einen die Haupt- und Realschulen, in denen die Schulverlierer aufbewahrt werden, die auf Unterricht und Schulordnung pfeifen, weil sie ohnehin keine „Perspektive“ mehr haben. Auf die Lüge, der Schulabschluss sei der Weg ins Berufsleben, fallen die inländischen und vor allem die Schüler mit „Migrationshintergrund“ nicht mehr herein. Wie auch – wo sie frühzeitig auf Hartz-IV festgelegt sind, wo sie wegen „fremder Kultur“ in Ghettos abgeschoben werden, wo Kinder zur Last werden, weil die Eltern von Arbeitslosigkeit und Abschiebung bedroht sind.

Wenn Schüler in dieser Lage die Schulen in einen „Jahrmarkt ihrer Eitelkeiten“ umfunktionieren, zeigen sie nur, wie gut sie bereits all jene geistigen Techniken gelernt haben, die ihnen zur Bewältigung des bürgerlichen Alltags beigebracht werden. Frühzeitig zum „sozialen Ausschuss“ degradiert, setzen sie diese nach ihren eigenen Spielregeln ein, und leben an Mitschülern ihren unverwüstlichen Anerkennungswahn und Selbstbewusstseinskult aus. Und da sind zum anderen die „Gewalttäter“ wie der aus Erfurt oder aus Emsdetten, die zeigen, dass die Höhere Bildung vor Massakern nicht schützt. Wenn Schüler von Lehrern kurz vor dem Abitur gefeuert werden, wenn sie sich deswegen ungerecht behandelt fühlen und ihr Recht, zu den „Besseren“ zu gehören, mit Füßen getreten sehen, dann verwandeln sie schon mal eine Schule in ein blutiges „Feld der Ehre“. Nachher darf dann die bestürzte Öffentlichkeit wehklagen, dass das mit der „Ehre“ so nicht gemeint ist.

Öffentliche Diskussionstermine im Sommersemester 2007

Bochum

Diskussionstermin der GegenStandpunkt-Redaktion

Jeweils dienstags, 19 Uhr. Im Hotel Ibis (Tagungsraum Parterre),
Universitätsstr. 3, 44789 Bochum

Die nächsten Termine:

8. Mai, 12. Juni, 7. August, 28. August und 18. September.

Weitere Infos:

<http://www.gegenstandpunkt.com/jourfixe/bochum.htm>

Köln

Diskussionstermin der Gruppe Gegeninformation

Jeweils donnerstags, 20 Uhr. Im Bürgerzentrum Alte
Feuerwache, Melchiortstr. 3, 50670 Köln

Die nächsten Termine:

10. Mai und 14. Juni.

Weitere Infos: <http://www.gegeninformation.net>

Neuss

Diskussionstermin des Neusser Monats

Am 2. Juni, um 17 Uhr. Im Kulturcafé Solaris 53 e.V.,
Kopernikusstr. 53, 40225 Düsseldorf-Bilk

Weitere Infos: <http://www.neusser-monat.de/>

Bielefeld

Diskussionstermin des AK Analyse und Kritik

Am 11. Juli 2007, 20.00 Uhr. Im Raum 07 der Bürgerwache am
Siegfriedplatz, Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld

Außerdem bietet der AK Analyse und Kritik einen Arbeitskreis
zum Thema „Imperialismus heute - wie Weltmarkt und Welt-
macht zusammengehören“ an.

Die ersten Termine:

19.6. (Raum 102) und 26.6. (Raum 07), jeweils 20.00 Uhr.
In der Bürgerwache am Siegfriedplatz (Anschrift s.o.).

Weitere Infos: <http://ak.blogspot.de>

Bonn

Diskussionstermin der Gruppe kritischer Studenten

Jeweils montags, 19 Uhr. Im Buchladen
„Le Sabot“, Breite Straße 76, 53111 Bonn

Die nächsten Termine:

14. Mai, 11. Juni, 25. Juni, 9. Juli, 16. Juli und 23. Juli.

Weitere Infos: <http://www.gegeninformation.net>

Außerdem wird in Bonn eine Kapital-Schulung durchgeführt.
Interessenten melden sich auf dem Diskussionstermin.

anzeige

Wolfgang Möhl
Theo Wentzke

Das Geld

Von den
vielgepriesenen Leistungen
des schnöden Mammons

GegenStandpunkt

Aus dem Vorwort:

Geld muss man haben, nicht erklären; das versteht sich von
selbst für lebenskluge Zeitgenossen. Wenn es am Geld etwas zu
erklären gibt, dann, wie man am besten an möglichst viel davon
herankommt; damit hat die praktische Vernunft des aufgeklärten
Erwerbsbürgers auf alle Fälle schon genug zu tun.

Das ist fatal. Denn wer dem unausweichlichen Zwang, Geld zu
verdienen, nur die Ermunterung entnimmt, ihm erfolgreich nach-
zukommen, der bleibt nicht nur in ein Zwangssystem der gesell-
schaftlichen Arbeitsteilung verstrickt, das mit hochprozentiger
Sicherheit auf seine Kosten geht. Der macht außerdem den gar
nicht so unvermeidlichen Fehler, sich dazu kritik- und begriffslos
affirmativ zu stellen. Da helfen dann auch kein Ärger und keine
Beschwerden mehr über die unausbleiblichen Konsequenzen:
über Stress beim Geldverdienen, über spärliche Verdienste,
über hohe Preise und überhaupt über Mangel hier und obszönen
Reichtum dort. Wer sich das Geld nicht erklären will, soll über
dessen ungleiche Verteilung nicht jammern.

ISBN 978-3-929211-11-5, 164 Seiten, 15.– €

Zu beziehen ab dem 15.05.07. Über den Buchhandel oder den
Gegenstandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04, Fax (089) 272 16 05
www.gegenstandpunkt.com, gegenstandpunkt@t-online.de